

# **A N T R A G**

**CDU-Fraktion**

## **Gegenstand:**

Mehr Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit in Dresden

## **Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte werden gebeten, bis zur Beratung dieses Antrags im federführenden Ausschuss, Orte, an denen es auffällige Störungen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Sauberkeit gibt, zu benennen. Dies betrifft insbesondere
  - Bereiche mit Personenansammlungen von bestimmten Gruppen oder Cliques, die regelmäßig zu Vermüllung, Lärmbelästigungen oder Vandalismus führen,
  - Bereiche, in denen regelmäßig illegale Graffiti angebracht werden,
  - Bereiche, in denen es regelmäßig zu illegalen Müllablagerungen kommt,
  - öffentliche Bereiche ohne, oder mit unzureichender, Beleuchtung.
  
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die unter Punkt 1 genannten Bereiche, folgende Maßnahmen zu prüfen und, wenn geeignet, anzuordnen:
  - eine deutlich intensivere Bestreifung durch den Gemeindlichen Vollzugsdienst und die Polizei ggf. in Kooperation mit privaten Sicherheitsdiensten,
  - die Ausweitung von Videoüberwachungsmaßnahmen an Kriminalitätsschwerpunkten,
  - eine schnellere Beseitigung von illegalen Müllansammlungen und Graffiti,
  - eine Intensivierung der Reinigungszyklen der Stadtreinigung,
  - die Installation von weiteren Hundetoiletten und Mülleimern,
  - den Ausbau bzw. die Erweiterung von Beleuchtungsanlagen,
  - die Stärkung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement für mehr Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit.
  
3. Der Oberbürgermeister wird darüber hinaus beauftragt,
  - a. eine gemeinsame Respektkampagne der beteiligten Organisationseinheiten (Polizeibehörde, Feuerwehr, Stadtreinigung, Denkmalschutz, Stadtbezirksämter...) zur Verdeutlichung des gesellschaftlichen Wertes von Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung zu initiieren.
  - b. gemeinsam mit der DVB AG Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im ÖPNV, insbesondere durch den Einsatz von Sicherheitskräften in problematischen Bus- und Bahnlinien, einzuleiten.

4. Die finanzielle Deckung der o.g. Maßnahmen erfolgt für die Jahre 2023/24 aus laufenden Haushaltsmitteln, insbesondere nicht verausgabten Mitteln im Bereich des gemeindlichen Vollzugsdienstes. Für die Aufstellung des kommenden Doppelhaushalts wird der Oberbürgermeister beauftragt, den Kampf gegen Kriminalität, Angstorte, Vermüllung und Vandalismus deutlich stärker als bislang zu berücksichtigen. Es ist zu prüfen und dem Stadtrat zu berichten, ob dafür ein eigenständiges Produkt im doppischen Haushalt gebildet werden sollte.

<b>Beratungsfolge</b>	<i>Plandatum</i>		
Ältestenrat	27.11.2023	nicht öffentlich	beratend
Dienstberatung des Oberbürgermeisters		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	1. Lesung (federführend)
Ortschaftsrat Altfranken		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Cossebaude		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Gompitz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Langebrück		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Mobschatz		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Oberwartha		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönborn		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Schönfeld-Weißig		öffentlich	beratend
Ortschaftsrat Weixdorf		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Altstadt		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Blasewitz		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Cotta		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Klotzsche		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Leuben		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Loschwitz		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Neustadt		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Pieschen		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Plauen		öffentlich	beratend
Stadtbezirksbeirat Prohlis		öffentlich	beratend
Ausschuss für Umwelt und Klima (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung)		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Finanzen		nicht öffentlich	beratend
Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)		nicht öffentlich	beratend (federführend)
Stadtrat		öffentlich	beschließend

## **Begründung:**

In unserer Stadtgesellschaft schwindet wahrnehmbar das Sicherheitsgefühl. Insbesondere in den letzten Jahren haben sich in Dresden Brennpunktbereiche und Angsträume gebildet, die von Kriminalität, Vandalismus, Vermüllung und gesellschaftlicher Desintegration gekennzeichnet sind. Von kritischen Vorfällen oder unschönen Ereignissen wird mittlerweile täglich in der Presse berichtet. Im Fokus stehen dabei meist der Alaunpark, das Arabische Viertel, die Prager Straße, der Wiener Platz oder der Amalie-Dietrich Platz. Aber auch an anderen, nicht im Mittelpunkt stehenden Orten, werden solche beginnenden Entwicklungen wahrgenommen. Für eine lebenswerte Stadt ist es aber unerlässlich, dass sich zu jeder Tages- und Nachtzeit alle sicher bewegen und aufhalten können. Da sich Desintegrationsprozesse und die Entwicklung von Angsträumen und Kriminalitätsschwerpunkten meist einerseits schleichend vollziehen, andererseits aber selbst verstärken, ist es umso wichtiger, sehr frühzeitig diesen Entwicklungen entgegen zu treten. Dafür ist es zunächst nötig, solche Orte zu identifizieren und zu benennen. Die Beteiligung der Stadtbezirksbeiräte und die Ortschaftsräte und die Beauftragung des Oberbürgermeisters haben daher insbesondere zum Ziel:

- Orte, an denen es auffällige Störungen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Sauberkeit gibt, zu benennen
- an diesen Orten sozial unerwünschtes Verhalten zu unterbinden,
- die Polizeiverordnung hinsichtlich Verunreinigungen und Ruhestörungen durchzusetzen,
- die Sauberhaltung von öffentliche Grünanlagen und Spielplätze durchzusetzen,
- illegale Graffiti-Schmierereien zu ahnden und zukünftig zu unterbinden,
- das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum, insbesondere von Kindern, Frauen und älteren Menschen, zu jeder Tages- und Nachtzeit zu stärken,

Die Videoüberwachung von Straßenbahnen und Bussen hat zwar zu einer deutlichen Verbesserung der Sicherheitssituation im ÖPNV geführt, da Täter in der Regel schnell gefasst werden können. Allerdings gibt es bestimmte Linien, die in der Bevölkerung zunehmend als unsicher wahrgenommen werden. Hier ist gemeinsam mit der DVB AG umgehend zu reagieren, bspw. durch den Einsatz von Sicherheitspersonal als „Bahnbegleiter“.

Heike Ahnert  
Fraktionsvorsitzende

## **Anlagenverzeichnis:**

-